

am Samstag, 13. November 2010  
im E-Werk, Am Nottehafen 4, 15806 Zossen

RESOLUTION

## Einen Masterplan für die Zukunft der Lausitz entwickeln – Brandenburg muss den Ausstieg aus der Braunkohle jetzt gestalten!

Das Ende der Braunkohleförderung und -verstromung anerkennen

Mit dem bevorstehenden Abschied von der Braunkohleverstromung steht die Lausitz vor einem fundamentalen Wandel. Der Ausstieg aus der Braunkohle ist längst keine Frage der Technologie oder des von der brandenburgischen Landesregierung politisch Gewünschten mehr, sondern nur noch eine Frage der Zeit. Damit verbunden sind nicht nur tiefgreifende wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen. Durch das Entfallen von Steuern werden auch das Land und die Kommunen in der Lausitz vor große Probleme gestellt. Und wenngleich der Ausstieg aus der Braunkohle nicht von jetzt auf gleich vonstatten gehen wird, gilt es doch umso mehr, den Tatsachen endlich ins Auge zu sehen und jetzt Ideen zu entwickeln, um die Region bei der Gestaltung des damit verbundenen Strukturwandels zu unterstützen.

Aus der Erfahrung der Wendejahre heraus wissen wir, dass es ohne Vorbereitung und durch zu wenig Zeit bei der Umstrukturierung einer Wirtschaft zu nur schwer steuerbaren Folgen für das soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht kommen kann. Umso wichtiger ist es, die jetzt absehbaren Veränderungen klar zu benennen und entsprechend aktiv zu werden.

**Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung auf, die Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für die Lausitz zu initiieren und zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Trägern der Region soll darauf aufbauend ein Masterplan für den Strukturwandel in der Lausitz ausgearbeitet und die ersten Schritte zu dessen Umsetzung sollen eingeleitet werden.**

Der Masterplan muss in einem offenen Diskussionsprozess unter Einbeziehung aller betroffenen Träger öffentlicher und auch wirtschaftlicher Belange erarbeitet werden. Folgende Beteiligte bieten sich bei der Gestaltung dieses Konzeptes u.a. an: betroffene Kommunen, Landkreise, IHK, die Kirchen, Gewerkschaften, Hochschule Lausitz (FH), BTU Cottbus, Domowina, Naturschutz- und Landnutzerverbände sowie Zusammenschlüsse wie die Klinger Runde, Energieregion Lausitz und die regionalen Planungsgemeinschaften. Auch wir Bündnisgrüne werden unseren Beitrag zur Entwicklung der Region leisten.

Angesichts der Rolle, die Vattenfall als finanzstarker Arbeitgeber bisher in der Region, aber auch darüber hinaus in Brandenburg spielt, wird dieser Prozess kein einfacher sein. Wenn wir uns dieser Herausforderung heute jedoch nicht stellen, verspielen wir die Zukunft der Lausitz. Zugleich bietet der einzuleitende Strukturwandel die Chance, die Lausitz im Sinne eines grünen New Deals zu

einer Vorzeigeregion des nachhaltigen Wirtschaftens zu gestalten. Grundlage dafür ist aus bündnisgrüner Sicht, dass die Potentiale für neue Gestaltungsräume der Region ermittelt und aufgegriffen werden und folgende Schwerpunkte die Erarbeitung bestimmen:

### **Den Menschen eine Zukunft geben**

Die Zukunftsperspektive vieler Menschen in der Lausitz ist von der Braunkohle bedroht: Bei den einen droht der Verlust der Heimat durch weitere Erschließung von Tagebaufeldern; den anderen droht der Jobverlust beim Ausstieg aus der Braunkohle. All diesen Menschen gegenüber ist es verantwortungslos, sie in Unklarheit und Unsicherheit über ihre Zukunft zu lassen. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Landesregierung einen Ausstiegsbeschluss inklusive einer klaren Absage an neue Tagebaue. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Menschen die Region verlassen, weil sie befürchten müssen, dass ihr Haus abgebaggert wird. Zum anderen brauchen wir einen klaren Zeitplan, in welchem Zeitraum und in welchen Schritten der Umwandlungsprozess angegangen werden soll. So wird der Ausstieg aus der Braunkohle nicht von heute auf morgen erfolgen. Aller Voraussicht nach wird Vattenfall die genehmigten Braunkohlefelder noch abbaggern. Damit ist relativ sicher, dass der Umwandlungsprozess in der Region mindestens 20 Jahre dauern wird. Und dieser Zeitraum muss systematisch genutzt werden, vor allem mit Blick auf die Frage: wie geht es weiter mit den Arbeitsplätzen in der Braunkohle?

### **Arbeit für morgen schaffen**

Über viele Jahrzehnte war die Lausitz geprägt durch die Energiewirtschaft – im positiven wie im negativen Sinne. Mit der Braunkohleförderung und -verstromung ging eine Heimat- und Naturzerstörung sondergleichen einher, wenngleich mit dem Lausitzer Seenland in den vergangenen Jahren ein Stück Heimat zurückgegeben wurde. Gleichzeitig waren zu DDR-Zeiten jedoch auch knapp 80.000 Menschen im Lausitzer Braunkohlerevier beschäftigt.

Mit Blick auf das bevorstehende Ende der Braunkohleförderung erweist sich diese Orientierung auf nur einen Wirtschaftsbereich als großes Problem, insbesondere weil immer noch ca. 5.000 Arbeitsplätze direkt und einige Tausend indirekt mit der Braunkohle verbunden sind, die vom Wegfall dieses Zweiges betroffen wären. Wenngleich es Fakt ist, dass Vattenfall seit Jahren kontinuierlich Arbeitsplätze abbaut und auch mit einem Auslaufen der Braunkohleverstromung niemand von heute auf morgen auf die Straße gesetzt wird, muss daher in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren ein Konzept entwickelt werden, um Arbeitsplatzverluste aufzufangen. Dies würde auch der verständlichen Verunsicherung der Beschäftigten in der Braunkohle entgegen zu wirken,

Dafür müssen jedoch die entsprechenden Zahlen auf den Tisch: Wie ist die Altersstruktur der Beschäftigten in der Braunkohle? Wie viele Menschen sind wann tatsächlich betroffen? Denn zu erwarten ist auch, dass viele Stellen ohnehin nicht mehr neu besetzt werden, wenn ArbeitnehmerInnen in Rente gehen. Hinzu kommt, dass es aufgrund des demografischen Wandels in der Region und trotz der derzeitig noch hohen Arbeitslosigkeit, einen enormen Fachkräftemangel geben wird. Nichts desto trotz müssen vor allem Jugendlichen der Region, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, in zukunftssicheren Branchen jenseits der Braunkohle Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden. Ziel des Masterplans muss es daher sein, zum einen das Niveau an Arbeitsplätzen, sowohl in Anzahl als auch in Qualifikation und Bezahlung, und zum anderen aber auch die höchst qualifizierten Arbeitskräfte in der Region zu halten. So könnten Bergbau- und Kraftwerksingenieure mit Anpassungsweiterbildungen an der BTU für den Einsatz im Bereich der Umwelttechnologien fit gemacht werden. Dort werden sie, genauso wie auch in den klassischen Ingenieurbereichen, z.B. im Maschinenbau, dringend benötigt. Die Entwicklungen nach dem von Rot-Grün im Bund eingeläuteten Atomausstieg haben gezeigt, dass insbesondere viele Zulieferfirmen mit einem verlässlichen und langfristigen Ausstiegsplan gerade im Bereich der erneuerbaren Energien neue Absatzmärkte finden. Auch

Vattenfall als großer Energiekonzern mit einer erneuerbaren Energien Sparte sollte dabei als langjähriger Akteur in der Region eine Rolle spielen.

Wenngleich auf Grund ihres Charakters als Energieregion die Lausitz beste Voraussetzungen dafür bietet, auch zukünftig im Energiebereich Vorreiter zu sein, sollten die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, in der Zukunft erneut allein auf ein Standbein, nämlich die Energiepolitik, zu setzen. Ein zukunftsfähiges Leitbild für die Lausitz muss vielmehr auf Diversifizierung angelegt sein: Neben dem Erhalt der Lausitz als Energieregion müssen zugleich andere zukunftsfähige Felder auf- und ausgebaut bzw. genutzt werden, wie beispielsweise der naturnahe Tourismus, die wirtschaftlichen Chancen der räumlichen Nähe zu Polen oder der Dienstleistungs- und Pflegesektor.

### **1. Energieregion Lausitz auf zukunftsfähige Beine stellen**

Aufgrund des bestehenden Fachwissens in der Region sollte die Hochschullandschaft, mit ihrem hohen Anteil an technisch und ingenieurwissenschaftlich geprägten Fächern weiterentwickelt werden und sich vor allem in Richtung erneuerbarer Energien orientieren. Schon heute gibt es in der Lausitz ca. 1.000 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien. Voraussetzung für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze im Bereich der Umwelttechnologien ist ein stärkerer Technologietransfer, also die intensivere Vernetzung und Zusammenarbeit von Hochschulen und regionaler Wirtschaft. Gerade bei der Speicherung und Umwandlung von erneuerbaren Energien als Grundlage der Vollversorgung könnte die Region eine Vorreiterschaft übernehmen. Erste Ansätze wie z.B. im Bereich der Wasserstofftechnologie, E-Mobilität oder der Nutzung des Erdgasnetzes als existierenden Mega-Speicher sind vorhanden und müssen ausgebaut werden. Allein die vom Braunkohlebergbau betroffenen Dörfer Atterwasch und Proschim mit bestehendem Windpark, Biogasanlagen und mehreren leistungsfähigen Photovoltaiksystemen setzen auf den grundlastfähigen Energiemix aus erneuerbare Energien. Schon derzeit wird hier ein Vielfaches des selbst benötigten Stroms erzeugt. Dabei wird deutlich, dass die Region auch im Bereich dezentraler Energieversorgung heute schon einiges zu bieten hat.

### **2. Die Lausitz zur „Brücke nach Osteuropa“ ausbauen**

Die brandenburgische Lausitz ist wirtschafts- und kulturräumlich geprägt durch ihre Grenzlage zu Polen. Mit dem sich verringern den Einkommensgefälle bildet diese Grenze zunehmend auch immer weniger eine „Wohlstandsgrenze“ zwischen Deutschland und Polen.

Die Schaffung grenzübergreifender regionaler Wirtschaftskreisläufe und Produktionslinien bei Nutzung der jeweiligen Vorteile der einzelnen Standorte wird durch den Wegfall bisheriger Freizügigkeitsbeschränkungen für polnische ArbeitnehmerInnen im Frühjahr 2011 deutlich erleichtert. Die darin liegenden Chancen gilt es gezielt zu nutzen: Die Lausitz kann verstärkt als „Brücke nach Osteuropa“ für den internationalen Austausch (Handel, Logistik) dienen.

Dazu sollte vor allem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Euroregion Spree-Neiße-Bober stärker genutzt werden. Zudem bedarf es eines verstärkten personellen und kulturellen Austausch zwischen Polen und Deutschland. Das Angebot polnischer Sprachausbildung bereits als 2. Fremdsprache an Lausitzer Schulen sollte ausgebaut und die Kooperation der BTU Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) mit polnischen Universitäten verstärkt werden.

### **3. Tourismus als regionalen Wachstumsfaktor fördern**

Die Lausitz hat sich nach der Wende zu einer Region entwickelt, die zunehmend TouristInnen anzieht. Dieses Potential gilt es stärker zu nutzen. So muss die Öffentlichkeitsarbeit verbessert und intensiviert werden. Touristische Alleinstellungsmerkmale wie z. B. die Bergbaufolgelandschaft und der Spreewald sollten stärker hervorgehoben werden. Die Naturparke Schlaubetal, Niederlausitzer Heidelandschaft und Niederlausitzer Landrücken bilden bereits heute gemeinsam mit dem Biosphärenreservat Spreewald das Rückgrat für den Naturtourismus in der Lausitz. Der Natur überlassene Bergbaurestlöcher, wie die von der Heinz-Sielmann-Stiftung übernommene Naturlandschaft Wanninchen oder die Bergbaufolgelandschaft Grünhaus des Nabu, entwickeln sich zu Landschaften, die interessante Naturbeobachtungen für ÖkotouristInnen zulassen.

In einem integrierten Konzept sollten kreis- und länderübergreifend Nutzungen geplant und ausgefüllt werden, so dass es zu einem ausgewogenen Verhältnis von ungestörter Entwicklung der Natur, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbeentwicklung sowie Erholungsnutzung in der Gesamtregion kommt.

#### **4. Weitere Zukunftsfelder erschließen und fördern**

Wie alle Regionen Brandenburgs, die nicht im Berliner Speckgürtel liegen, ist auch die Entwicklung in der Lausitz massiv von Abwanderung bzw. demografischem Wandel geprägt. Deshalb müssen hierfür verstärkt Konzepte zur Sicherung der notwendigen Infrastruktur entwickelt und eingesetzt werden. Auch der gesamte Dienstleistungssektor steht vor diesem Hintergrund vor grundlegenden Veränderungen, die gestaltet werden müssen. Absehbar ist auch, dass der Pflegebereich zukünftig eine stärkere Rolle spielen wird.

#### **Finanzielle Mittel bereitstellen**

In anderen ehemaligen Kohleregionen hat sich gezeigt, dass der Strukturwandel gar nicht früh genug in Angriff genommen werden kann. Um politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu eröffnen, müssen für den Umgestaltungsprozess finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen daher vor, hierfür ein „Zukunftsfonds Lausitz“ zu gründen, der gespeist wird aus Landesmitteln, einem Beitrag von Vattenfall (z. B. durch das Ende der Wassersubventionierung), regionalen Unternehmen und privatem Kapital. Mit Hilfe dieser Mittel könnten die oben genannten Prozesse angeschoben und entsprechende Projekte unterstützt werden.